

Der Wochenkommentar

Populismus auf Kosten der Bürger

- Auf der rechten Seite des Spektrums hat sich eine Koalition des gemeinsamen Dagegens gefunden.
- Das sagt einiges über die politische Zielrichtung der Löhner CDU.
- Und es ist nicht gesund für die hiesige Kommunalpolitik.



Judith Gladow

Kommunalpolitik ist nah dran. An den Problemen vor Ort und an den Bürgerinnen und Bürgern. Mitglieder von Stadt- und Gemeinderäten müssen sich darum oft in ganz anderer und direkter Art und Weise für ihre Politik verantworten. Und in nicht wenigen Fällen sind die Entscheidungen, die auf dieser Ebene getroffen werden, sehr direkt vor Ort zu spüren und zu sehen.

Und so wundert es nicht, dass in kommunalen Vertretungen viele Entscheidungen einstimmig getroffen werden – ungeachtet aller parteipolitischen Koalitionen und Konstellationen in Land und Bund. Dass manchmal die Parteilinie hier weniger wichtig ist, als gemeinsam vor Ort etwas zu bewegen. Dass Kompromisse und gegenseitiger Respekt in diesen Zusammenhängen noch wichtiger und wertvoller sind. Diese Zeit scheint in Löhne jedoch nun endgültig vorbei zu sein.

Mehr als 20 Jahre lang hat die CDU in Löhne das bisherige Modell der Eigenkapitalverzinsung und die Gebüh-

renpraxis der Stadtwerke mitgetragen. Noch 2024 hat sie, damals auch schon unter Führung von Fraktionschef Maik Büssing, für den Wirtschaftsplan der Stadtwerke gestimmt. Konstant dagegen war hier zuvor nur die LBA. Die neuen Kräfteverhältnisse im Rat scheinen nun aber eine unwiderstehliche Versuchung darzustellen für eine CDU-Fraktion, die sich hauptsächlich über ihre Oppositionsrolle definiert.

Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Opposition ist wichtig, genauso wie der Rat ein wichtiges Kontrollgremium für die lokalen Verwaltungen darstellt. Und natürlich ist es selbstverständlich und richtig, dass eine Opposition noch einmal einen kritischen Blick auf die Dinge hat. Wenn es aber wichtiger wird, dem vermeintlichen Gegner eins auszuwischen, als auf die Sache zu schauen und Kompromisse für die Menschen vor Ort zu finden, ist das gerade auf kommunaler Ebene pro-

blematisch. Und dass die von Büssing und seiner CDU identifizierten Gegner die den Bürgermeister stellende SPD und die städtische Verwaltung sind, ist nicht erst seit der Wahl offensichtlich. Die Verwaltung bombardiert sie schon länger mit unzähligen Anfragen, immer wieder auch mit Fragen, die sich mit einem einfachen Anruf hätten klären lassen. Auf der Tagesordnung der vergangenen Ratssitzung standen zuletzt insgesamt 13 Anträge und 22 Anfragen, davon waren vier Anträge und acht Anfragen allein von der CDU-Fraktion.

Und jetzt scheint die CDU-Fraktion in der neu dazugestoßenen AfD einen Verbündeten zu sehen, um mit temporären Mehrheiten scheinbare Stärke zu demonstrieren. So sehr, dass sie sogar – wenn auch unter dem Deckmantel einer geheimen Abstimmung – einen Antrag der AfD unterstützt haben dürfte, von der sich Büssing noch im Wahlkampf distanziert hatte. Rein rechnerisch zumindest stimmt die Anzahl der anwesenden Ratsmitglieder von CDU, LBA und AfD genau mit den Stimmen überein, die den AfD-Antrag zur Gebührenpraxis nicht ablehnen wollten.

Ganz abgesehen davon, was das für die politische Ausrichtung der Löhner CDU bedeutet, hat die gemeinsame Blockade-Politik jetzt schon Konsequenzen. Der Stadtrat hat sich in zwei Lager gespalten.

Sie trennen nur wenige Stimmen Unterschied. Das kann auch in Zukunft weiter zu Problemen führen, sollten einmal auf der einen Seite mehr Ratsmitglieder fehlen als auf der anderen. Denn ob die CDU in ihrer Selbstwahrnehmung als Opposition wirklich den Willen der Bürgerinnen und Bürger im Sinn behält, ist spätestens jetzt fraglich.

Hat sie doch nun zusammen mit LBA und AfD mit dem Argument, die Wassergebühren senken zu wollen, Kosten verursacht, die am Ende die Bürgerinnen und Bürger tragen müssen. Wenn die drei Parteien wirklich ernsthaft an einer Änderung hätten arbeiten wollen, hätte es andere und bessere Wege gegeben, diesen Versuch zu machen. Stattdessen kostet nun allein der Neuversand der Gebührenbescheide laut Stadtwerke-Chef mehr als 31.000 Euro. Wie viel teurer andere Leistungen und Aufträge durch die Verzögerung werden, ist noch gar nicht abzusehen.

Bald starten die Haushaltsberatungen im Rat der Stadt Löhne. Und es ist davon auszugehen, dass der CDU-Fraktionschef dann wieder zum Sparen ermahnt, Löhne sei schließlich pleite. Ob ihm all das am Ende die Wähler noch abnehmen?

Wie denken Sie darüber? Ich freue mich auf Ihre Anregungen unter judith.gladow@nw.de